

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	15
Literaturverzeichnis	27
§ 1 Grundsätzliche Betrachtungen und Fragestellungen	37
A. Die Entstehung und Entwicklung der Inkassodienstleister	37
B. Das Rechtsdienstleistungsgesetz und seine Reformen oder vom Kaufmann zum Rechtsdienstleister	43
I. Einleitung	43
II. Abgrenzung von Rechts- und Inkassodienstleistung	44
III. Anforderungen an Inkassodienstleister und Folgerungen	49
1. Einleitung	49
2. Registrierung, Sachkunde und Postulationsfähigkeit	50
3. Berufsbild und Ausblick	66
C. Die handelnden Akteure im Forderungsinkasso	68
I. Einleitung	68
II. Der Gläubiger	72
1. Die Organisation der Forderungseinziehung von Unternehmen	72
2. Der Verbraucher als Gläubiger und Auftraggeber – C2B und Legal Tech.	74
3. Klein- oder Bagatellforderungen.	78
4. Kernkompetenz vs. Spezialdienstleister	80
5. Der richtige Zeitpunkt der Übergabe	82
III. Der Rechtsanwalt	84
IV. Die Inkassodienstleister	87
1. Beitreibung weitgehend unstreitiger Forderungen.	87
2. Bonitätsgesteuerte Forderungseinziehung unter Vermeidung gerichtlicher Verfahren.	91
3. „Masseninkasso“ und Einzelfallprüfung	93
4. Langzeitüberwachung	98
5. Inkassodienstleistungen für Verbraucher – C2B und Legal Tech	99
D. Grundlegende Fragestellungen zur Kostenerstattung	100
E. Unseriöse Inkassopraktiken	107
I. Einleitung	107
II. Die fortgesetzte Diskussion um Inkassodienstleistungen	112
1. Die erste Reform des Rechtsdienstleistungsgesetzes	112
2. Eigenständige Vergütungsregelung	113
3. Unseriöses Inkasso	113

4. Verbraucherschutz und Schuldnerschutz	117
5. Nutzwert von Inkassodienstleistungen und Entlastung der Justiz . .	118
III. Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht	120
1. Die zweite Reform des Rechtsdienstleistungsgesetzes	120
2. Gleichbehandlung von Rechtsanwälten und Inkassodienstleistern . .	121
3. Regulierung als Kostenreduktion: Ein erster Überblick.	122
4. Allgemeine Hinweispflichten	126
5. Besondere Hinweispflichten	126
§ 2 Die Erstattungsfähigkeit von Inkassokosten	129
A. Einleitung	129
I. Das Vergütungsverhältnis	129
II. Das Erstattungsverhältnis.	130
III. Vergütung und Erstattung: Die Anspruchsprüfung.	131
B. Die materiell-rechtlichen Anspruchsgrundlagen für die Erstattung der Rechtsverfolgungskosten	135
I. Der Anspruch aus Verzug.	135
1. Einleitung.	135
2. Schuldverhältnis	136
3. Nichtleistung durch den Schuldner.	136
4. Möglichkeit der Leistung	137
5. Fälligkeit	137
6. Mahnung	141
a) Der notwendige Inhalt der Mahnung und die Formalien	141
b) Die Falsch-, Zuviel- oder Zuwenigforderung	143
c) Die Androhung von Rechtsfolgen und die Fristsetzung	147
d) Der richtige Zeitpunkt der Mahnung	148
e) Der Zugang der Mahnung	150
f) Klage und Mahnbescheid als Ersatz für die Mahnung	152
g) Entbehrlichkeit der Mahnung.	153
aa) Die kalendermäßige Bestimmung der Leistungszeit	153
bb) Die Abhängigkeit der Leistungszeit von einem Ereignis. . .	157
cc) Die ernsthafte und endgültige Erfüllungsverweigerung . . .	160
dd) Besondere Gründe für den unmittelbaren Verzugsseintritt . .	161
ee) Die Sonderregelung des § 286 Abs. 3 BGB	165
7. Durchsetzbarkeit der Forderung.	170
8. Verschulden	171
II. Ansprüche aus unerlaubter Handlung	173
III. Vertragliche Vereinbarungen	175
IV. Die Sondervorschrift des § 288 Abs. 5 BGB im B2B	188
1. Einleitung.	188

2.	Die Entstehung der Pauschalzahlung	191
3.	Die Anrechnung auf Rechtsverfolgungskosten.	192
4.	Zeitlicher Anwendungsbereich.	197
C.	Der Schaden oder die ersatzfähigen Inkassokosten nach materiellem Recht	197
I.	Einleitung	197
II.	Das Vorliegen eines kausalen Schadens	199
III.	Schadensausgleich durch Geldersatz	201
IV.	Schadensersatz in Abtretungsfällen	208
V.	Vor- und außergerichtliche Inkassokosten als Schaden	212
1.	Die grundsätzliche Erstattungsfähigkeit von Inkassokosten	212
2.	Abgrenzung von den Eigenobliegenheiten des Gläubigers	216
a)	Bestimmung der Eigenobliegenheiten	216
aa)	Die Fragestellung	216
bb)	Auffassungen in der Literatur	223
cc)	Auffassungen in der Rechtsprechung	228
dd)	Vergleichende Aspekte aus dem Schadensrecht.	231
b)	Keine andere Eigenobliegenheiten bei Großgläubigern.	232
aa)	Problembeschreibung	232
bb)	Ersatzfähiger Schaden	233
cc)	Die Frage der Verletzung der Schadensminderungspflicht	236
dd)	Keine Vergleichbarkeit mit „Kündigungsfällen“	237
ee)	Freiheit der Unternehmensorganisation	239
ff)	Kein Zweifel an der Erforderlichkeit.	242
gg)	Anforderungen an die Zweckmäßigkeit sind erfüllt	244
hh)	Wertungswidersprüche vermeiden	244
ii)	Externe Bearbeitung hält Kostenvergleich stand	246
jj)	Fazit: Keine Sonderlasten für Großgläubiger	248
c)	Europarechtliche Aspekte.	248
d)	Eigenobliegenheiten: Eigene Stellungnahme und Fazit.	251
3.	Die Wahl zwischen Rechtsanwalt und Inkassodienstleister.	258
4.	Auf dem Prüfstand: Argumente gegen die Erstattung von Inkassokosten.	269
a)	Einleitung.	269
b)	Grundsätzliche Erstattungsfähigkeit der Inkassokosten.	269
c)	Die wechselseitige Qualifikation der Rechtsdienstleister.	272
d)	Vorgerichtliches Inkasso als Gläubigerobliegenheit	275
5.	Die Höhe der erstattungsfähigen Inkassokosten	277
a)	Einleitung.	277
b)	Grundlage der Erstattung: Die geschuldete Vergütung	282
aa)	Einleitung.	282

bb) Direkte und analoge Anwendung des RVG	283
cc) Abrechnung nach Einzeltätigkeiten	286
dd) Abrechnung nach Pauschalen	287
ee) Erfolgsprovision	288
ff) Auslagen	293
c) Die ortsübliche Inkassovergütung	295
d) Zahlung oder Freistellung?	298
6. Die Begrenzung der Erstattungsfähigkeit.	299
a) Die Zweckmäßigkeit und Erforderlichkeit	299
b) Die Schadensminderungspflicht	302
aa) Einleitung	302
bb) Der Hinweis auf einen ungewöhnlich hohen Schaden	304
cc) Der Verstoß gegen die Kostenminderungspflicht	307
dd) Die Darlegungs- und Beweislast	307
ee) Voraussetzung: Vergleichbarkeit der Leistung	308
ff) Willkür: Jede Verweigerung der Inkassokosten	314
c) Die Begrenzung der Inkassokosten nach § 13e RDG	317
d) Prozessuale Fragen zur Schadensminderungspflicht	319
D. Vergütung und Erstattung ab dem 1.10.2021	320
I. Einleitung	320
II. Der Auftrag	322
1. Einleitung	322
2. Übergangsregelung	323
3. Die vorgerichtliche Forderungseinziehung	325
a) Das einfache Schreiben	325
b) Der umfassende Einziehungsauftrag	329
c) Der Auftrag zur Titulierung	329
d) Der Auftrag zur Zwangsvollstreckung	330
e) Die außergerichtliche Beauftragung nach Titulierung	331
III. Die Gebührentabelle	333
1. Wertgebühren/Gegenstandswert/volle Gebühr	333
2. Gebührenbetrag bei Kleinforderungen	334
3. Bestimmung des Gebührenbetrages	336
4. Ermittlung der vollen Gebühr	336
5. Mindestbetrag	337
IV. Der Gegenstandswert	338
1. Begrifflichkeiten für Werte in den Kostengesetzen	338
2. Allgemeine Wertvorschrift	338
3. Spezielle Wertvorschriften bei der Einigung und in der Vollstreckung	339
4. Addition mehrerer Gegenstandswerte	340

5. Höchstwert	341
6. Zeitpunkt der Wertberechnung	341
7. Zeitpunkt der Wertberechnung in gerichtlichen Verfahren	342
8. Änderung des Wertes eines Gegenstands	342
9. Hinweispflicht gem. § 49b Abs. 5 BRAO	343
V. Die wesentlichen Gebühren bei der Forderungseinziehung	343
1. Die Geschäftsgebühr nach Nr. 2300 VV RVG	343
a) Grundsätze	343
b) Das Entstehen der Geschäftsgebühr	344
aa) Der generelle Abgeltungsbereich	344
bb) Das Betreiben des Geschäftes bei einer Inkassodienstleistung	346
(1) Das Entstehen des Gebührenatbestandes	346
(2) Die Regelgebühr beim durchschnittlichen Fall	347
(3) Der einfache Fall	350
(4) Der umfangreiche Fall	352
cc) Das Betreiben des Geschäftes bei einer Rechtsdienstleistung	356
2. Die Geschäftsgebühr nach Nr. 2301 VV RVG – einfaches Schreiben	357
3. Die Erhöhungsgebühr.	359
4. Die Einigungsgebühr	359
5. Exkurs: Die besonderen Hinweispflichten bei der Einigung	364
a) Hinweis bei Zahlungsvereinbarungen	364
b) Hinweis bei Schuldanerkenntnissen	366
c) Folgen der Nichterfüllung der Hinweispflichten	367
6. Die Gebühren im gerichtlichen Mahnverfahren	368
a) Einleitung.	368
b) Das Entstehen der Verfahrensgebühr nach Nr. 3305 VV RVG	369
c) Die Anrechnung der Geschäftsgebühr nach Vorbem. 3 Abs. 4 VV RVG	371
d) Die Reduzierung der Verfahrensgebühr nach Nr. 3306 VV RVG	374
e) Die Verfahrensgebühr nach Nr. 3308 VV RVG.	375
f) Die Terminsgebühr im gerichtlichen Mahnverfahren nach Vor- bem. 3.3.2 VV RVG	377
7. Besonderheiten beim Übergang ins Klageverfahren	380
8. Die Hebegebühr	382
9. Die Auslagen	384
VI. De lege ferenda: Verordnung zu Inkassokosten?.	387
E. Der Bearbeiterwechsel zwischen Inkassodienstleister und Rechtsanwalt	388
I. Einleitung	388

II. Bearbeiterwechsel innerhalb einer Angelegenheit	391
1. Bearbeiterwechsel ohne „Mehrkosten“	391
2. Kumulierte Kosten zwei Rechtsdienstleister.	392
III. Bearbeiterwechsel zwischen den Angelegenheiten.	394
IV. Die Verjährung des Schadensanspruches	396
V. Streitiges Verfahren und Kostenfestsetzung	398
F. Der prozessuale Kostenerstattungsanspruch in der Zwangsvollstreckung. .	400
G. Konzerninkasso und Inkassokosten	405
I. Problembeschreibung	405
II. Die berufsrechtliche Problematik	409
III. Die kostenrechtliche Behandlung des Konzerninkassos.	416
IV. Zusammenfassung	422
H. Forderungskauf und Inkassokosten	422
I. Die beiden Grundformen des Forderungskaufes	422
II. Die Erstattungsfähigkeit von Inkassokosten beim Forderungskauf. . .	424
III. Die Erstattungsfähigkeit von Inkassokosten beim Factoring.	427
§ 3 Die gerichtliche Geltendmachung	429
A. Einleitung	429
B. Die Geltendmachung der Inkassokosten im Mahnverfahren	430
C. Die Geltendmachung der Inkassokosten im streitigen Erkenntnisverfahren	433
D. Rechtsmittel.	438
Stichwortverzeichnis.	441